

Council of European Municipalities and Regions
Conseil des Communes et Régions d'Europe
Συμβούλιο των Ευρωπαϊκών Δήμων και Περιφερειών
Consejo de municipios y regiones de Europa
Consiglio dei comuni e delle regioni d'Europa
Raad der Europese gemeenten en regio's
Conselho dos municípios e regiões da Europa

| RGRE | Gereonstraße 18 – 32 | 50670 Köln



Rat der Gemeinden und Regionen Europas | Deutsche Sektion

Datum *Februar* 2018

Unser Zeichen 81.00.06

Telefon +49 221 3771-0

Durchwahl 3771-3 15

Telefax +49 221 3771-7 315

RGRE – INFOBRIEF 1 / 2018

Bearbeitet von

Nina Sehovic

Infobrief

für

Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen

in Rat und Verwaltung

IN EIGENER SACHE

Bitte teilen Sie uns mit, wenn sich Ihre E-Mail-Anschrift ändert.

Schicken Sie uns einfach eine E-Mail an: [infobrief\(at\)rgre.de](mailto:infobrief(at)rgre.de).

Bitte fügen Sie dieser E-Mail auch Ihre Anschrift sowie Ihre Mitgliedsnummer bei.

Wir danken für Ihre Hilfe und wünschen angenehme Lektüre.

Ihr RGRE-Team

Hinweis: Die im Infobrief aufgeführten Informationen sind mit größter Sorgfalt recherchiert. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit der genannten Daten können wir allerdings keine Gewähr übernehmen.



INHALTSVERZEICHNIS

I. DEUTSCHE SEKTION DES RGRE.....	2
RGRE unterstützt die Allianz für die Kohäsionspolitik.....	2
Sitzung des Deutsch-Polnischen Ausschusses im RGRE	2
II. EUROPÄISCHER RGRE (CEMR).....	3
CEMR-Arbeitsprogramm für das Jahr 2018	3
III. EUROPÄISCHE UNION.....	4
Erster EU-Bildungsgipfel in Brüssel.....	4
IV. KOMMUNALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT.....	5
Deutsch-palästinensische kommunale Partnerschaften.....	5
HABITAT III – neue Generalsekretärin	5
9. World Urban Forum (WUF) in Kuala Lumpur/Malaysia	5
V. PARTNERSCHAFTSARBEIT	6
Partnerschaftsgesuche	6
... aus <i>Burkina Faso</i>	6
... aus <i>Tansania</i>	8
... aus <i>Bolivien</i>	8
... aus <i>China</i>	10
Projektpartnerschaftsgesuche	10
... aus <i>Spanien</i>	10
VI. VERANSTALTUNGEN/WETTBEWERBE/SONSTIGES	11
Video zur Europaarbeit in Kommunen	11
Download der Studie „Städtepartnerschaften – den Europäischen Bürgersinn stärken“. 11	
Projektförderung der Robert Bosch Stiftung „Werkstatt Vielfalt“	11
Ideenwettbewerb „On y va – auf geht’s – let’s go!“ geht in die nächste Runde.....	12
Konferenz zur deutsch-türkischen Jugendzusammenarbeit	12



I. DEUTSCHE SEKTION DES RGRE

RGRE unterstützt die Allianz für die Kohäsionspolitik

Der Erhalt einer starken EU-Regionalpolitik auch im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union nach 2020 ist von entscheidender Bedeutung für die wirtschaftliche und soziale Kohäsion Europas. Nicht zuletzt angesichts des Austritts Großbritanniens aus der EU und zu erwartender Kürzungen des EU-Haushalts haben sich daher führende Europäische Verbände von Städten und Regionen und der Europäische Ausschuss der Regionen zu einer Allianz für die Kohäsionspolitik zusammengeschlossen.

In einer gemeinsamen Erklärung betont die Allianz die Notwendigkeit einer langfristigen Investitionspolitik für alle Regionen in Europa und ruft zu einer Beibehaltung einer umfassenden Kohäsionspolitik auch nach 2020 auf. Damit einhergehen sollten unter anderem eine bessere Kommunikation der Förderpolitik gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sowie eine Vereinfachung der Antrags- und Genehmigungsverfahren. Ebenso sollte die zentrale Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Umsetzung der Kohäsionspolitik gestärkt werden.

Auch die deutsche Sektion des RGRE ist der Allianz für die Kohäsionspolitik beigetreten und unterstützt die Ziele der gemeinsamen Erklärung. Die europäische Strukturpolitik setzt wichtige Impulse in deutschen Städten, Landkreisen und Gemeinden und trägt gerade dadurch auch zu einer Stärkung des europäischen Zusammenhaltes bei. Vor diesem Hintergrund ist die flächendeckende Erhaltung der Kohäsions- und Strukturpolitik in allen Regionen der EU ein wichtiger Faktor, um die Herausforderungen der Zukunft in der EU gemeinsam gestalten zu können.

Weitere Informationen zur Allianz für die Kohäsionspolitik sowie die gemeinsame Erklärung finden Sie hier: <http://cor.europa.eu/de/takepart/Pages/cohesion-alliance.aspx#>

Das Positionspapier des RGRE zu den kommunalen Forderungen für die zukünftige Kohäsionspolitik der EU finden Sie hier:

http://www.rgre.de/fileadmin/redaktion/pdf/PoPa_RGRE_Zukunft_Kohaesion_gebilligt.pdf

Sitzung des Deutsch-Polnischen Ausschusses im RGRE

Am 6.12.2017 fand in Warschau im Sejm ein Treffen zwischen deutschen und polnischen Kommunalpolitikern und polnischen Abgeordneten statt.

Szymon Szykowski vel Sęk (PIS), Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe des Sejm und des Bundestages begrüßte die Teilnehmer und erklärte, dass die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen im Allgemeinen und auf der kommunalen Ebene im Speziellen für die Abgeordneten des Sejm und des Bundestages eine wesentliche Rolle spielen. Die beiden Vorsitzenden des Ausschusses, Piotr Głowski (Stadtpräsident von Piła) und Landrat Stefan Löwl (Landkreis Dachau) zeigten sich erfreut über die Einladung der Abgeordneten. Löwl stimmte Herrn Szykowski vel Sęk zu und erklärte, dass aus kommunaler Sicht insbesondere die Zukunft Europas eine wesentliche Rolle für die Kommunalpolitiker, aber noch vielmehr für die Bürger in beiden Staaten spiele. Er sagte: „Es ist wichtig, dass die kommunale Ebene in Europa als bürger-



nächste Verwaltungsebene mit einer Stimme spricht. Wir benötigen eine starke Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten im Rahmen der Europäischen Union.“.

Das Gespräch fand im Rahmen der Sitzung des [Deutsch-Polnischen Ausschusses](#) (DPA) statt, der in jedem Jahr jeweils eine Sitzung in Deutschland und eine Sitzung in Polen abhält. Im weiteren Verlauf der Sitzung, die im Anschluss in Żyrardów stattfand, diskutierten die Mitglieder verschiedene Konzepte und Projekte aus Deutschland und Polen zur Revitalisierung von Kommunen. Im Rahmen der Gespräche wurde deutlich, dass beide Länder durch den demographischen Wandel und die Urbanisierung vor große Herausforderungen gestellt werden. Piotr Głowski sagte dazu „Ich freue mich über den konstruktiven und regen Austausch von Erfahrungen, die auf kommunaler Ebene in unseren beiden Staaten gemacht wurden. Es kann nicht nur best-practice Beispiele geben, aber wir können es erreichen, dass wir durch einen stetigen Austausch die gleichen Fehler nicht mehrfach machen.“. Im Mai 2017 war die Gruppe bereits zu Gesprächen über Migrations- und Integrationsthemen im Landkreis Dachau zusammengekommen.

Aufgabe des Ausschusses ist es, die kommunale Zusammenarbeit in beiden Mitgliedstaaten zu unterstützen und kommunale Themen von bilateralem Interesse zu behandeln. Der Ausschuss besteht derzeit auf deutscher Seite aus 44 Mitgliedern. Der DPA wird auf der Grundlage des Zusammenarbeitsvertrages zwischen der Deutschen Sektion des RGRE und dem polnischen Städteverband (ZMP) aus dem Jahre 1995 gebildet. Diese Vereinbarung wurde 2014 um den Polnischen Landkreisverband (ZPP) erweitert.

II. EUROPÄISCHER RGRE (CEMR)

CEMR-Arbeitsprogramm für das Jahr 2018

Der europäische Dachverband *Council of European Municipalities and Regions (CEMR)* hat in seinem Arbeitsprogramm insgesamt 16 politische und thematische Schwerpunkte für das Jahr 2018 aufgelistet.

Wie im vergangenen Jahr nimmt auch im diesjährigen Programm die Debatte um die Zukunft der Europäischen Union (EU) einen wichtigen Stellenwert ein. Im neuen Jahr wird diese Diskussion jedoch, angesichts der 2019 stattfindenden Wahl des Europäischen Parlaments, in eine entscheidende Phase treten und durch das Treffen der Staats- und Regierungschefs der EU zum Jahresende eine richtungsweisende Positionierung erfahren. Der CEMR hat sich hier zum Ziel gesetzt, die Rolle und den Beitrag der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften zur aktuell geführten Diskussion um die Zukunft der EU hervorzuheben und ihre Beteiligung an der Ausgestaltung von zukünftigen Initiativen der EU mit einer territorialen Dimension zu erreichen.

Neben der Zukunftsdebatte steht unter anderem das Thema Digitalisierung im Fokus des diesjährigen CEMR-Arbeitsprogramms. Die Kommunen sind hier sowohl als Anbieter von digitalen Dienstleistungen als auch als Arbeitgeber von neuen Initiativen auf Europäischer Ebene betroffen.

Der CEMR wird entsprechend die Vorschläge der Europäischen Kommission, die auf die Bildung eines digitalen Binnenmarktes abzielen, auf ihre potentiellen kommunalen Auswirkungen



hin untersuchen und seine Mitglieder weiterhin über die Möglichkeiten und Herausforderungen der Digitalisierung informieren.

Auf der Prioritätsliste für 2018 stehen zudem die Themen Klima und Energie. Hier bekennt sich der CEMR zum Pariser Abkommen und betont die entscheidende Rolle der Kommunen bei der Umsetzung klimapolitischer Vorgaben und Ziele. Darüber hinaus wird der CEMR die Diskussionen über die zukünftige Ausgestaltung der Europäischen Kohäsionspolitik weiterhin eng begleiten und sich für deren Erhalt auch nach 2020 einsetzen.

Das vollständige Arbeitsprogramm des CEMR für 2018 ist auf Englisch unter nachstehendem Link einsehbar:

http://www.ccre.org/img/uploads/piecesjointe/filename/CEMR_work_programme_2018_final_EN.pdf

III. EUROPÄISCHE UNION

Erster EU-Bildungsgipfel in Brüssel

Auf Einladung des EU-Kommissars für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, Tibor Navracsics, fand am 25. Januar 2018 in Brüssel der erste EU-Bildungsgipfel mit insgesamt 18 Bildungsministern aus den EU-Mitgliedsstaaten statt. Die Konferenz stand unter dem Motto „Schaffung der Grundlagen für den Europäischen Bildungsraum: für eine innovative, integrative und wertorientierte Bildung“.

Das Treffen der in ihren Ländern für Bildung und Kultur zuständigen Ministern und zahlreichen Fachleuten soll ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zum europäischen Bildungsraum sein, den die Europäische Kommission bis 2025 aufbauen möchte. Neben Vorträgen von Bildungsministern aus Malta, Portugal, Spanien, Bulgarien, Frankreich und Ungarn, hatten zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter bildungspolitischer Organisationen und Institutionen im Rahmen von hochrangig besetzten Podiumsdiskussionen, Workshops und Kursen die Gelegenheit, sich auszutauschen. Im ersten Veranstaltungsteil wurde explizit darüber diskutiert, wie eine hochwertige und auf Werte gestützte Bildung zum Erfolg Europas beitragen und welche Rolle die EU dabei einnehmen kann. Die Fragen nach dem zukünftigen Bedarf an erweiterten Kompetenzen des Lehrpersonals sowie die Einbeziehung benachteiligter Schülerinnen und Schüler standen ebenfalls im Fokus des Bildungsgipfels.

In einem nächsten Schritt wird die Europäische Kommission, auf Grundlage des stattgefundenen Bildungsgipfels, voraussichtlich im Frühjahr weitere Vorschläge vorstellen.

Das Programm zum ersten EU-Bildungsgipfeltreffen ist auf Englisch unter dem nachstehenden Link abrufbar:

https://ec.europa.eu/education/sites/education/files/educsum_programmea4_1218.pdf



IV. KOMMUNALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Deutsch-palästinensische kommunale Partnerschaften

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat Anfang Dezember 2017 die Fortführung des Projektes „Deutsch-Palästinensische kommunale Partnerschaften“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) bis 2020 bewilligt.

Zuvor wurde im Mai 2017 ein Memorandum of Understanding (MoU) mit dem Reformprogramm zur Kommunalentwicklung der GIZ und dem Deutschen Städtetag unterzeichnet. Im September letzten Jahres fand die 3. Deutsch-Palästinensische kommunale Partnerschaftskonferenz in Jericho statt und im November 2017 eine Studienreise für den neu gewählten Vorstand des palästinensischen Kommunalverbandes APLA (*Association of Palestine Local Authorities*), die auch vom Deutschen Städtetag begleitet wurde.

Auch für das Projektjahr 2018 ist eine weitere **Fachinformationsreise nach Palästina** geplant: vom **19. – 25. März 2018** haben Kommunalvertreter/innen aus Deutschland erneut die Möglichkeit, palästinensische Kommunen kennenzulernen, um beispielsweise Möglichkeiten für Projekt- oder Städtepartnerschaften zu eruieren.

Weitere Informationen hierzu sind erhältlich bei: David Honka, Tel: 0228-20717328, Mail: David.honka@engagement-global.de.

HABITAT III – neue Generalsekretärin

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen (VN) hat Maimunah Mohd Sharif zur neuen Generalsekretärin des VN-Programms für menschliche Siedlungen (VN HABITAT) gewählt.

Die bisherige Bürgermeisterin von Penang Island in Malaysia folgt auf den Spanier Joan Clos, der zuvor die VN-Behörde von Oktober 2010 bis Dezember 2017 geführt hatte.

Maimunah Mohd Sharif ist auch Mitglied des ICLEI Global Executive Committee und war auch Repräsentantin von ICLEI im Rahmen von HABITAT III innerhalb der Global Task Force of Local and Regional Government des Weltverbandes „United Cities and Local Governments“ (UCLG).

9. World Urban Forum (WUF) in Kuala Lumpur/Malaysia

„Städte 2030, Städte für alle: Umsetzung der Neuen Urbanen Agenda“ lautete der Titel des 9. World Urban Forums (WUF 9), das dieses Jahr vom 07. – 13.02.2017 in Kuala Lumpur stattgefunden hat.

Das WUF 9 ist das erste Forum nach der HABITAT III-Konferenz für Wohnungswesen und nachhaltige Stadtentwicklung in Quito im Oktober 2016, in deren Rahmen die Neue Urbane Agenda (NUA) verabschiedet wurde. Der Deutsche Städtetag mit den Städten Bonn und Mann-



heim, Vertreter der Bundesregierung sowie nationale und internationale Experten präsentierten sich im Deutschen Pavillon im Rahmen des 9. World Urban Forums.

Wie lassen sich kommunale Nachhaltigkeitserfolge messen oder überprüfen und gleichzeitig mit der NUA und der Agenda 2030 verbinden? Über diese Fragen und wie sich deutsche Kommunen in die Entwicklungszusammenarbeit einbringen, diskutierten kommunale Experten aus Deutschland und dem globalen Süden mit Wissenschaftlern und Regierungsvertretern. Weiter standen die Verantwortung und Beiträge deutscher Städte zur Erreichung von globalen Nachhaltigkeitszielen, Armutsbekämpfung oder Bekämpfung der weltweiten Folgen des Klimawandels im Mittelpunkt.

An der von Sabine Drees moderierten Podiumsdiskussion des Deutschen Städtetages nahmen Stefan Wagner aus Bonn, der marokkanische Bürgermeister der Stadt Chefchaouen Mohamed Sefiani, Dr. Wicack Sarosa aus Jakarta und Michael Cohen aus New York teil. Gemeinsamer Tenor war, dass die NUA der Vereinten Nationen an die Rahmenbedingungen vor Ort angepasst werden muss und nur durch Kommunen mit Leben gefüllt werden kann. Michael Cohen warb dafür, Referenzkommunen aus aller Welt in die Forschungsaktivitäten der Vereinten Nationen einzubeziehen. Dabei soll auch die verhältnismäßige Zielerreichung in den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen auf allen Ebenen überprüft werden. Als geeignetes Instrument hierfür wurde das Projekt „SDG-Indikatoren für Kommunen“ präsentiert. Im Rahmen dieser Methode messen Indikatoren die Erreichung von Nachhaltigkeitszielen, die zuvor auf nationale/kommunale Verhältnisse übertragen wurden.

Insgesamt nahmen am 9. World Urban Forum 22.700 Teilnehmer/innen aus aller Welt teil. Obwohl es um nachhaltige Stadtentwicklung ging, waren kommunale Mandatsträger jedoch stark unterrepräsentiert mit nur rund 50 Teilnehmer/innen. Das 11. World Urban Forum soll 2022 in Deutschland stattfinden.

V. PARTNERSCHAFTSARBEIT

Partnerschaftsgesuche

... aus *Burkina Faso*

Bourasso

Die Gemeinde Bourasso zählt circa 14.722 Einwohner und befindet sich im westafrikanischen Land Burkina Faso.

Die Landwirtschaft ist für die afrikanische Kommune und für die Bevölkerungsmehrheit nach wie vor die wichtigste wirtschaftliche Grundlage. In der Umgebung gibt es keine Möglichkeit zur industriellen Beschäftigung. Neben Tomaten, Zwiebeln, Auberginen werden auch Süßkartoffeln in Bourasso angebaut. Die traditionelle und extensive Tierhaltung wird von der Mehrheit der Bevölkerung betrieben. Das Klima in Bourasso ist mit 54 Regentagen in den Jahren 2010 bis 2015 subäquatorial und im Sommer oft von Dürre geprägt. Das kommunale Problem ist jedoch nicht nur der Mangel an Wasser, sondern auch der Zugang zu sauberem Trinkwasser sowie eine nachhaltige Abfallbeseitigung. Ein weiteres gesellschaftliches Problem stellt die Unzugänglich-



keit beziehungsweise die Entfernung zu den weit gelegenen Gesundheits- und sozialen Förderzentren dar.

Die Hälfte der Bevölkerung besteht aus Kindern und Jugendlichen bis zu 14 Jahren. An den Schulen wird neben Englisch auch Französisch gelehrt. In Bourasso existieren zudem fünf Alphabetisierungszentren.

Bourasso unterhält bisher keine kommunale Partnerschaft mit einer anderen Kommune. Ein Schwerpunkt der Kooperation zwischen Bourasso und einer deutschen Kommune könnte neben der Entwicklungszusammenarbeit auch der Austausch von Best-Practice-Beispielen im Bereich der Landwirtschaft, Abfallbeseitigung und Umwelt sein.

Kommunen, die sich für eine Partnerschaft mit Bourasso interessieren, erhalten weitere Informationen bei der Geschäftsstelle der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Tel: 0221/3771-315, Frau Nina Sehovic (E-Mail: nina.sehovic@staedtetag.de).

Bobo-Dioulasso

Die zweitgrößte Gemeinde, Bobo-Dioulasso, des westafrikanischen Staates Burkina Faso ist auf der Suche nach einer deutschen Partnergemeinde.

Auf Grund ihrer Lage und Nähe zum fruchtbaren Landesteil, ist Bobo-Dioulasso von wichtiger wirtschaftlicher Bedeutung für Burkina Faso. Die Kommune ist mit 64 Werkstätten auch das Handels- und Industriezentrum der Region. Insbesondere Tabak und Textilien werden in der burkinischen Gemeinde produziert und gehandelt.

In den Schulen wird neben Französisch und Englisch auch Deutsch gelehrt. Außerdem verfügt die Kommune über mehrere berufliche Ausbildungszentren.

Bobo-Dioulasso möchte sich gerne im Rahmen der kommunalen Partnerschaft mit einer deutschen Gemeinde insbesondere im Bereich der Wirtschaft/ der kommunalen Unternehmen austauschen.

Kommunen, die sich für eine Partnerschaft mit Bobo-Dioulasso interessieren, erhalten weitere Informationen bei der Geschäftsstelle der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Tel: 0221/3771-315, Frau Nina Sehovic (E-Mail: nina.sehovic@staedtetag.de).

Fara

Die Landgemeinde Fara ist am Aufbau einer kommunalen Partnerschaft mit einer deutschen Gemeinde interessiert.

In der westafrikanischen Gemeinde leben circa 47.167 Einwohner. Fara ist ländlich, touristisch und kulturell geprägt. Die Landwirtschaft zählt zu der wichtigsten wirtschaftlichen Tätigkeit der Gemeinde. Die Mehrheit der Bewohner betreibt Anbau von Getreide, Baumwolle und Bananen. In den Schulen wird neben Englisch und Französisch auch Deutsch gelehrt.



Die burkinische Gemeinde erhofft sich durch die kommunale Partnerschaft mit einer deutschen Kommune die Lebensverhältnisse ihrer Einwohner zu verbessern. Gemeinsame Kooperationsfelder der einzugehenden Partnerschaft könnten in der Unterstützung bei der Selbstversorgung liegen.

Kommunen, die sich für eine Partnerschaft mit Fara interessieren, erhalten weitere Informationen bei der Geschäftsstelle der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Tel: 0221/3771-315, Frau Nina Sehovic (E-Mail: nina.sehovic@staedtetag.de).

... aus Tansania

Serengeti

Die Gemeinde Serengeti möchte gerne eine kommunale Partnerschaft mit einer deutschen Gemeinde aufbauen. Serengeti befindet sich im Norden Tansanias, unweit des östlich gelegenen Victoriasees.

In der ostafrikanischen Kommune leben ca. 177.000 Menschen. Neben der Landessprache Swahili wird auch Englisch in den Schulen gelehrt. Die Landwirtschaft spielt für Bewohner des Bezirks Serengeti eine wichtige Rolle. Zahlreiche Bauwollpflanzen, Süßkartoffeln und Sonnenblumen findet man in der ostafrikanischen Kommune.

Serengeti ist im Ausland insbesondere durch seinen gleichnamigen Nationalpark sehr bekannt – der Serengeti Nationalpark zählt mit seiner Fläche von 14.763 Quadratkilometern zu den größten Nationalparks der Erde und ist seit 1981 Teil des Weltkulturerbes der UNESCO. Der Nationalpark ist dank seiner Anzahl an dort lebenden Tieren und Vögeln besonders bei Touristen beliebt.

Serengeti unterhält noch keine kommunale Partnerschaften und möchte daher gerne mit einer deutschen Gemeinde kooperieren. Mögliche Themenschwerpunkte für eine kommunale Partnerschaft könnten im Gesundheits-, Bildungs- und Energiewesen liegen.

Kommunen, die sich für eine Partnerschaft mit Serengeti interessieren, erhalten weitere Informationen bei der Geschäftsstelle der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Tel: 0221/3771-315, Frau Nina Sehovic (E-Mail: nina.sehovic@staedtetag.de).

... aus Bolivien

Santiago de Callapa

Die bolivische Kommune Santiago de Callapa ist am Aufbau einer kommunalen Partnerschaft mit einer deutschen Gemeinde interessiert.

Die Kommune liegt auf einer Höhe von 3.797 m am Ufer des Flusses Río Desaguadero. Die Landwirtschaft ist der wichtigste Wirtschaftszweig: So werden vor allem Quinoa, Kartoffeln, Gerste, Luzerne und weitere Gemüsesorten kultiviert. Darüber hinaus spielt auch die Hand-



werkskunst eine besondere Rolle. Aus touristischer Sicht sind die zahlreichen Grabstellen aus der Vor-Inka-Zeit besonders interessant. Bedingt durch die historische Entwicklung weist die Region einen hohen Anteil an indigener Aymara-Bevölkerung auf – so wird Aymara als Sprache neben Englisch an den Schulen gelehrt.

Santiago de Callapa unterhält noch keine Partnerschaften mit europäischen Kommunen. Das Ziel der Kommune ist es, sich mit anderen Kommunen zu vernetzen. Die bolivische Kommune ist insbesondere an einer Partnerschaft mit einer interessiert, die ähnlichen geographischen Herausforderungen begegnet.

Santiago de Callapa erhofft sich mittels der kommunalen Partnerschaft Lösungen zum Thema Wasserknappheit in Sanitäranlagen und zur Entwicklung von Bildung, Gesundheit und Landwirtschaft zu finden.

Kommunen, die sich für eine Partnerschaft interessieren, erhalten weitere Informationen bei der Geschäftsstelle der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Tel: 0221/3771-315, Frau Nina Sehovic (E-Mail: nina.sehovic@staedtetag.de).

Caquiaviri

Die bolivische Kommune Caquiaviri ist am Aufbau einer kommunalen Partnerschaft mit einer deutschen Kommune interessiert.

Die 14.570 Einwohner starke Kommune ist ca. 100km von La Paz, dem Regierungssitz Boliviens, und ca. 50 km vom touristisch beliebten Titicacasee entfernt. Die Landwirtschaft ist der wichtigste Wirtschaftszweig für die Kommune: Neben Gerste und Kartoffeln werden noch weitere Gemüsesorten angebaut.

Darüber hinaus spielen auch der Tourismus und die Kultur eine wichtige Rolle. Neben dem naheliegende Titicacasee und die für die Region bedeutsame Folklore findet man unweit von Caquiaviri mehrere Grabstellen aus der Vor-Inka-Zeit (*Chullpares* genannt). Für Freizeitaktivitäten stehen zwei Sportanlagen bereit.

Caquiaviri unterhält noch keine Partnerschaften mit europäischen Kommunen. Das Ziel der bolivischen Gemeinde ist es, mit einer oder mehreren Kommunen ein Netzwerk aufzubauen, in welchem die beteiligten Akteure verschiedene Projekte umsetzen können.

Thematisch interessiert sich Caquiaviri insbesondere für Themen wie die sanitäre Grundversorgung, Bildung, Gesundheit oder Produktionssysteme.

Kommunen, die sich für eine Partnerschaft interessieren, erhalten weitere Informationen bei der Geschäftsstelle der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Tel: 0221/3771-315, Frau Nina Sehovic (E-Mail: nina.sehovic@staedtetag.de).



... aus China

Linfen

Von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) erreichte uns eine Partnerschaftsanfrage der chinesischen Gemeinde Linfen. Die Gemeinde ist am Aufbau einer kommunalen Partnerschaft mit einer deutschen Kommune interessiert.

Linfen liegt in der Provinz Shanxi und hat über 4 Millionen Einwohner. Die für die chinesische Kommune relevanten Wirtschaftszweige sind neben der Landwirtschaft der industrielle und der touristische Sektor. Um auch Letzterem zu dienen stellt die Kommune ein breites Angebot an Freizeitaktivitäten zur Verfügung: Die Aktivitäten sind dabei vor allem sportlicher und kultureller Natur. Historisch betrachtet ist Linfen insbesondere dadurch bedeutsam, dass der chinesische Kaiser Yao vor ca. 4.300 Jahren auf dem Stadtgebiet des heutigen Linfen seine Hauptstadt errichtet und die Stadt damit zu einem wichtigen Geburtsort der chinesischen Nation gemacht haben soll.

Linfen unterhält bereits eine kommunale Partnerschaft zu der australischen Stadt Geraldton und zu der japanischen Stadt Chichibu.

Im Rahmen der potentiellen Kooperation mit einer deutschen Kommune sollen vor allem Themen wie Stadtentwicklung, industrieller Wandel und technische Zusammenarbeit im Mittelpunkt stehen.

Kommunen, die sich für eine Partnerschaft mit Linfen interessieren, erhalten weitere Informationen bei der Geschäftsstelle der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Tel: 0221/3771-315, Frau Nina Sehovic (E-Mail: nina.sehovic@staedtetag.de).

Projektpartnerschaftsgesuche

... aus Spanien

Die Abteilung für körperliche Aktivität und Sport der baskischen Regierung (engl.: *Basque Government Directorate for Physical Activity and Sport*) ist ebenfalls im Rahmen des Förderaufrufs von **Erasmus+ Sport** auf der Suche nach einem Partner für eine Projektpartnerschaft.

Mit dem Projekt „Europäische Daten(bank) der sportlichen und körperlichen Aktivität“ (engl.: *European Data on Sport and Physical Activity*) möchte die Abteilung mit einer weiteren öffentlichen Regionalverwaltung das Angebot und die Sichtbarkeit sportbezogener Daten auf der regionalen und nationalen Ebene der EU-Mitgliedsstaaten erhöhen. Das Ziel dabei ist es, eine Reihe von gemeinsamen Indikatoren zur Messung von sportlicher Aktivität zu definieren, die anschließend gebündelt in einer Plattform den teilnehmenden Ländern und Regionen zur Verfügung gestellt werden.

Weitere Informationen zum Projektpartnerschaftsgesuch der Abteilung für körperliche Aktivitäten und Sport der baskischen Regierung finden Sie [hier](#). Interessierte öffentliche Regionalverwaltungen beziehungsweise Kommunen können bis zum Freitag, dem **2. März 2018** ihr Interesse an einer Zusammenarbeit bei Herrn **Itxaso Gomez** bekunden. Bei Rückfragen rund um das Projektpartnerschaftsgesuch wenden Sie sich bitte an Herrn **Itxaso Gomez**, Project



Officer, unter den nachstehenden Kontaktdaten: E-Mail: i.gomez@gestoreseuropeos.com; Tel.: 0034 688 71 11 00.

VI. VERANSTALTUNGEN/WETTBEWERBE/SONSTIGES

Video zur Europaarbeit in Kommunen

Was machen Angestellte, die in ihrer Kommune für die Europaarbeit zuständig sind? Welche Aufgaben haben sie und welche Kenntnisse bringen sie mit? Antworten auf diese und weitere Fragen rund um die Aufgaben eines kommunalen Europabeauftragten gibt ein Video der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE).

Der dreiminütige Film über den Arbeitsalltag von „Karl“ veranschaulicht knapp und verständlich die Aufgaben eines kommunalen Europabeauftragten als Kommunikator zwischen Europa und seiner Kommune.

Der Film entstand im Rahmen des Arbeitskreises der EU- und Förderreferenten der Deutschen Sektion des RGRE. In einer Arbeitsgemeinschaft hatten sich die Europabeauftragten Frederike Groß aus der Stadt Karlsruhe, Martin Hückeler von der Stadt Solingen, Andreas Piwek von der Stadt Gelsenkirchen und Andreas Listing von der Region Hannover in mehreren Sitzungen darüber beraten, welche die tragenden Säulen der kommunalen Europaarbeit sind und wie sich diese verständlich darstellen lassen können.

Das entstandene Video ist als ein Musterbeispiel der kommunalen Europaarbeit zu sehen, die in ihrer Aufgaben- und Themenverteilung unterschiedlich in den Kommunen gewichtet sein kann.

Das Video zur Europaarbeit in den Kommunen können Sie [hier](#) einsehen.

Download der Studie „Städtepartnerschaften – den Europäischen Bürgersinn stärken“

Wie in der letzten Infobrief-Ausgabe bereits informiert, haben die Bertelsmann-Stiftung und das Deutsch-Französische Institut (DFI) ihre gemeinsame Studie mit dem Titel „Städtepartnerschaften – den Europäischen Bürgersinn stärken“ vorgestellt.

Die Studie kann [hier](#) abgerufen werden.

Projektförderung der Robert Bosch Stiftung „Werkstatt Vielfalt“

Auch in diesem Jahr haben Menschen, die sich in besonderer Weise für den gesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzen und Brücken zwischen jungen Menschen (im Alter von 8 bis 27 Jahren) unterschiedlicher Herkunft, Kultur, Religion oder sozialer Gesellschaftssicht bauen, die Möglichkeit, eine Projektförderung im Rahmen des Programms „Werkstatt Vielfalt“ zu erhalten.

Die elfte Ausschreibungsrunde des Programms „Werkstatt Vielfalt“ wird von der Stiftung Mitarbeit im Auftrag der Robert Bosch Stiftung durchgeführt und fördert Projektideen, die für das gegenseitige Verständnis verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und aktive Teilhabe junger



Menschen an ihrem Lebensumfeld eintreten. Es werden Einzelprojekte mit bis zu **7.000 Euro** gefördert. Neben der finanziellen Förderung, bietet das Programm auch eine Expertenberatung und eine Weiterentwicklung der Projekteidee an. Da bewährte Projekte unterstützt werden sollen, können sich Antragsteller von einer bereits im Programm geförderten Idee [hier](#) inspirieren lassen.

Die Projektanträge können in Form eines [Antragsformulars](#) bis zum **15. März 2018** postalisch eingereicht werden. Ab Mitte Juni 2018 erhalten Antragsteller die Rückmeldung, ob ihr Projektvorhaben gefördert wird. Weitere Informationen sowie nähere Erläuterungen sind [hier](#) abrufbar.

Bei Rückfragen rund um das Programm „Werkstatt Vielfalt“ stehen Ihnen **Herr Björn Götz-Lappe** (E-Mail: goetz-lappe@mitarbeit.de; Tel.: 0228 604 24-12) und **Herr Timo Jaster** (E-Mail: [jaster\(at\)mitarbeit.de](mailto:jaster(at)mitarbeit.de); Tel.: 0228 604 24-17) gerne zur Verfügung.

Ideenwettbewerb „On y va – auf geht’s – let’s go!“ geht in die nächste Runde

Mit der Ausschreibung „On y va – auf geht’s – let’s go!“ möchte das Deutsch-Französische Institut Ludwigsburg e.V. (dfi) und die Robert Bosch Stiftung europäische Initiativen in der Zivilgesellschaft fördern.

Der Ideenwettbewerb, der den Austausch in Europa sichtbar machen soll, richtet sich daher an alle Akteure der Zivilgesellschaft. Gesucht werden Teams, die aus drei Projektpartnern (jeweils einem Partner aus Deutschland, Frankreich und einem weiteren EU-Mitgliedsstaat) bestehen und ein gemeinnütziges Austauschprojekt zusammen planen. Die Ausschreibung richtet sich insbesondere an Schulen und Lehrkräften in Deutschland und Frankreich, die ein gemeinsames Projektvorhaben mit einem weiteren europäischen Partner planen. Die ausgewählten Projekte werden mit bis zu **5.000 Euro** unterstützt. Der Bewerbungsschluss ist der **21. März 2018**.

Weitere Information zum Wettbewerb können Sie auf der Website des DFI einsehen, auf welcher Sie unter anderem auch das Online-Bewerbungsformular finden.

Konferenz zur deutsch-türkischen Jugendzusammenarbeit

Vom **25.-28. Juni 2018** findet die Konferenz „Different views and new narratives – (Re)Thinking Bridges between Young People in Germany and Turkey“ in Berlin statt.

Mit der dreitägigen Konferenz möchten die Deutsch-Türkische Jugendbrücke, JUGEND für Europa, die Türkische Nationalagentur sowie die Fachstelle für Internationale Jugendarbeit (IJAB e.V.) auf die vielfältigen Aktivitäten aufmerksam machen, die den Austausch junger Menschen in Deutschland und der Türkei fördern. Neben einem fachlichen Input sollen auch Möglichkeiten der Projektideenentwicklung vorgestellt werden.

Die Konferenz versteht sich als eine Plattform für den Dialog und gegenseitigen Austausch und richtet sich somit an Lehrkräfte, Wissenschaftler/innen und Vertreter/innen aus Politik und Verwaltung sowie alle Akteure aus der Jugendarbeit.



RGRE Infobrief 1 /2018

Eine Anmeldung zur Konferenz ist bis zum Freitag, dem **16. März 2018** [hier](#) möglich. Weitere Informationen zur Veranstaltung finden Sie [hier](#). Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an Frau **Sonja Mühlenfeld** unter den nachstehenden Kontaktdaten: E-Mail Adresse: muehlenfeld@jugendbrücke.de; Tel.: 0211 837 2643.